

Keine Einigkeit beim Schulprojekt

CDU, Grüne, FDP und Freie Wähler für Haushalt, SPD und AfD dagegen

VON CLAUD BOELEN-THEILE

Kürten. Die Pandemie hat in Kürten auch die Haushaltsreden der Fraktionsvorsitzenden gestoppt. Um Sitzungszeit im Rat zu sparen, wurden sie erstmals nicht vorgetragen. Es gab sie nur schriftlich.

Lob für Bürgermeister Willi Heider (parteilos), der auf Kreisebene gegen die Erhöhung der Kreisumlage gekämpft hatte – das war der gemeinsame Nenner für den ausgeglichenen Haushalt 2021. CDU (bei zwei Enthaltungen), Grüne und FDP stimmten für das Zahlenwerk, ebenso die Freien Wähler (bei einem Nein von Peter Brülls) – die Un-

terstützung war also groß. Die sechsköpfige SPD-Fraktion stimmte mit Nein. Auch Sebastian Weirauch (AfD) lehnte ab. Mit dem Ja kann die Gemeinde nun die Kreditaufnahme für die 60,5-Mio.-Euro teure Schulsanierung und -erweiterung vorbereiten. Geplant ist eine Schuldenaufnahme von 55 Millionen.

Jochen Zähl (CDU) betonte, seine Fraktion stehe hinter Sanierung und Ausbau der Gesamtschule. Allerdings nicht mit einem „bedingungslosen Go“ bei einer als „inflationär“ zu bezeichnenden Kostenentwicklung. Einsparpotenziale müssten im Sinne der Bürger gefunden werden. Beim Splash setzte



Mit der Zustimmung zum Haushalt kann Kämmerer Willi Hembach die Kreditaufnahme der Gemeinde angehen. 55 Millionen Euro sind vorgesehen. Foto: Guido Wagner

Zähl den geforderten Zuschuss von 600 000 Euro in Beziehung zur offenen Jugendarbeit (19 250 Euro) und zur Musikschule (10 000 Euro); der Betrag sei „nicht vermittelbar“. Ein Darlehen für das Bad oder eine Beteiligung könne bei Insolvenz Folgen haben, etwa die Sicherungspflicht für die Immobilie. Beim Müllsystem kündigte Zähl an, das Wiegen zu unterstützen.

„Wir müsse gemeinsame Ziele haben“, merkte Michael Hardt (Grüne) an. Klimaschutz sei das wichtigste Thema, auch bei der Schulsanierung. Allerdings könne nicht jede Planung durchgewunken werden, „weil wir jeden Euro nur einmal ausgeben können.“ Das gelte auch fürs Bad: Neun Millionen über 15 Jahre an ein Privatunternehmen zu zahlen, „geht einfach nicht.“ Mit den Partnern CDU und FDP solle es bereits in dieser Wahlperiode „erkennbare Erfolge beim Klimaschutz geben.“

Werner Conrad (Freie Wähler) stellte fest: „Wir müssen im Rah-

men der begrenzten finanziellen Mittel der Gemeinde Prioritäten setzen: Und hier steht die nachhaltige und zukunftsorientierte Investition in die Gesamtschule eindeutig an erster Stelle.“ Das Land müsse Kommunen finanziell besser ausstatten, statt Förderprogramme aufzulegen. Eine Erhöhung der Grund- und Gewerbesteuer sollte „unter allen Umständen“ vermieden werden. Dem Haushalt stimme man zu, nicht einverstanden sei man aber mit der Deckelung der Sanierungskosten auf 60,5 Mio. Auch den leicht auf 240 000 Euro im Jahr erhöhten Zuschuss fürs Bad lehnte Conrad ab.

Auch Mario Bredow (FDP) kritisierte die Bad-Betreiber. Ein Zuschuss von 9 Millionen Euro in 15 Jahren „ist für unsere kleine Gemeinde nicht zu stemmen“. Dennoch wolle die FDP Schul- und Vereinsschwimmen erhalten. Die Sanierung der Gesamtschule müsse jetzt kommen, dürfe bei den Kosten aber „nicht ins Uferlose abdriften“. Erste

Einsparungsschritte seien da, weitere würden kommen. Beste Bildung soll es geben, die den Haushalt nicht überfordere.

„Es bleibt bei der Note ungenügend“, erklärte für die SPD Jürgen Schmidt. Er sprach von „fatalen unumkehrbaren Auswirkungen auf die nächsten Generationen“, die das Schulprojekt mit sich bringe. Die Grundsteuer werde um 50 Prozent ansteigen. Noch habe die SPD Hoffnung, dass die Haushaltsaufsicht des Kreises einschreite. „Jetzt, und zwar jetzt“ müsse den Bürgern die Wahrheit gesagt werden. Fahrlässigkeit und Verantwortunglosigkeit warf Schmidt den Fraktionen vor.

Sebastian Weirauch (AfD) meinte, Kürten gehe nach dem „Desaster“ des Splash mit der Schulsanierung „in ein weiteres, zumindest bis an die Grenzen.“ Das Schulprojekt sei von ähnlicher „Selbstüberschätzung“ geprägt wie der Bad-Bau. „Man hätte vielleicht einfach weniger Schüler zulassen können.“

Daten und Zahlen

Erträge 39 696 150 Euro, **Aufwand** 39 584 160 Euro, **Überschuss** 111 990 Euro, **Grundsteuer B:** 600 Prozentpunkte, **Gewerbesteuer:** 480 Prozentpunkte (beide unverändert).

Maßnahmen: Planung Neubau Gerätehäuser Olpe und Dürscheid: je 250 000 Euro; Bushaltestellen-Umbau: 450 000 Euro (90prozentige Förderung); Gehweg Marktfeld 60 000 Euro; Parkplatz Philippweg 45 000 Euro;

Parkplatz Hutsherweg 50 000 Euro; Spielplatzgerät Lenzholzer Straße 33 000 Euro; Drehleiter 750 000 Euro, Dürschalstraße - Keller 10 Straßenlaternen 100 000 Euro; Planung P&R-Platz Bechen 15 000 Euro; Planung „Sülzterasse“/Mobilstation am Rathaus 50 000 Euro; Antirassismus-Aktionen der Schulen 3000 Euro; Der jährliche Badzuschuss steigt von 210- auf 240 000 Euro. (cbt)